

nete dazu aufrufen sollten, die Brandenburger Produkte zu essen und es weiterzutragen und die Produzenten aufzufordern, Qualität zu produzieren. Dann ist mir längerfristig in der Umsetzung davor nicht bange.

(Beifall bei der PDS-LL)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Schönen Dank. Wir schließen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Lietzmann für die Fraktion der F.D.P.

**Lietzmann (F.D.P.):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion begrüßt, daß zu diesem Zeitpunkt die Einbringung dieses Gesetzes durch die Landesregierung erfolgt. Dies ist mit Blick auf den Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft 1993 von großer Bedeutung, um Fehlentwicklungen der landwirtschaftlichen Produktion, der Veredlung und des Handels zu vermeiden und zügig mit der notwendigen Kontrolltätigkeit zur hoheitlichen Lebensmittelüberwachung im Land Brandenburg beginnen zu können.

Die von meinen Vorrednern bereits genannte unübersichtliche Rechtslage - zum Teil gilt noch DDR-Recht - macht eine Ausfüllung des laut Bundesgesetz über Lebensmittel und Bedarfsgegenstände notwendigen Landesrechtssetzungsrahmens dringend erforderlich.

Im Gesetzentwurf sehen wir für die Ausschubarbeit durchaus noch Klärungsbedarf. Ohne z. B. dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Kompetenz abzusprechen zu wollen, möchten wir den Vorstellungen des Abgeordneten Herrn Helm durchaus folgen, inwieweit es sinnvoll ist, auch das Ministerium von Frau Hildebrandt, die Gesundheitsexperten hier mit einzubinden und an geeigneter Stelle eine Benehmensregelung in den Gesetzentwurf einzubringen. Wir begrüßen ebenfalls die Einbringung der Möglichkeit, private Sachverständige auf diesem wichtigen Gebiet zuzulassen.

Es fehlt nach unserer Auffassung eine Regelung hinsichtlich der Kosten. Diese müßten entsprechend der Zuständigkeit den Kreisen bzw. kreisfreien Städten zugeordnet werden. Vergleichbar wäre eine solche Regelung mit § 10 des entsprechenden Gesetzes aus Nordrhein-Westfalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz bewerten wir als bürgernah. Es erhöht die kommunale Verantwortung, da die Kreise und kreisfreien Städte dann für die amtliche Lebensmittelüberwachung zuständig sind - ein Grund mehr für uns, auch die Kreisgebietsreform entsprechend zu forcieren. - Danke schön.

(Schwacher Beifall)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Damit ist die Aussprache abgeschlossen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwur-

fes der Landesregierung, Drucksache 1/384, an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Zudem ist bei Federführung dieses Ausschusses die Überweisung an den Ausschuß für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vorgeschlagen.

Ich lasse einzeln abstimmen und beginne mit der Empfehlung des Präsidiums, also Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist diese Überweisung vorgenommen.

Wer zudem die Überweisung an den Ausschuß für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen befürwortet, den bitte ich auch um sein Handzeichen. - Ich bitte die Schriftführer auszu zählen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist mit wenigen Stimmenthaltungen die Überweisung an den erstgenannten Ausschuß, der federführend ist, und an den zweitgenannten beschlossen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 und gehe über zum Tagesordnungspunkt 9:

**Gesetz über den "Rundfunk Brandenburg" (RBr-Gesetz)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion der PDS-LL  
der Fraktion der F.D.P.  
der Fraktion BÜNDNIS 90

Drucksache 1/204

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 1/375

## 2. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten BIRTHLER von der Fraktion der SPD. Herr BIRTHLER, Sie haben das Wort.

**BIRTHLER (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits im Frühjahr haben wir uns ja dafür entschieden, eine eigene Landesrundfunkanstalt in Brandenburg aufzubauen, aus verschiedenen Gründen, weil wir der Meinung sind: Die Bevölkerung unseres Landes wird am besten die Neuordnung der Rundfunklandschaft verstehen und erleben, wenn sie ihre Lebensbereiche im Regionalprogramm und im Programm, das der "Rundfunk Brandenburg" vor allem im Hörfunkprogramm und im dritten Fernsehprogramm sendet, ausreichend und an erster Stelle wiederfindet. Die Akzeptanz von "Antenne Brandenburg" hat das eindrücklich bewiesen.

Wir waren auch der Meinung, daß die Entwicklung, die in der Alt-ARD in den 40 Jahren gelaufen ist und die wir genauso mitgemacht hätten, wenn wir damals schon dazugehört hätten - deshalb kein Vorwurf! -, nicht unbedingt die Entwicklung sein sollte, die sich in Zukunft fortsetzt, d. h. Anstalten, die in den goldenen 70er Jahren mit sehr viel Personal, mit sehr viel Technik aufgebaut wurden, die heute an Zahlungen für Pensionsansprüche leiden - Geld, das in der Verwaltung und in der teuren Technik steckt und nicht dem Programm zugute kommt.

Deshalb war es für uns ein besonderer Reiz, nach - denke ich - inzwischen schon guter Brandenburger Tradition mit den vorhandenen Mitteln und einer hohen Kreativität nach Wegen zu suchen, diesen Bereich, der zu den wenigen gehört, wo wir wirklich noch Länderhoheit haben, auszufüllen - und das sind nicht viele, es ist nur der Rundfunk, es ist die Bildung, und es ist die Kultur. Alles andere ist durch Bundesgesetzgebung oder EG-Gesetzgebung so eingeschränkt oder vorgegeben, daß die Länder einen sehr geringen Gestaltungsspielraum haben.

Deshalb unser Entschluß, auch weil wir hier im Berlin-Brandenburger Raum, Mecklenburg dazugekommen, nicht die Chance haben, in drei Ländern einen Neuanfang zu wagen, sondern als Mittelpunkt eine Alt-ARD-Anstalt haben, es hier in Brandenburg allein zu versuchen.

Wir haben dann ein Kapitel dazwischengeschoben, den Kampf um die NORA. Das hat einige Nerven gekostet, aber ich denke, es war ein guter Ausgang. Bei Ipsen ist es ja auch schon tragisch für die Nora geendet. Warum sollte das in Brandenburg anders sein?

Wir haben jetzt in Kürze unsere Brandenburger Rundfunkanstalt. Wir haben vor der Sommerpause unser Vorschaltgesetz beschlossen, wo im wesentlichen die Organe des Rundfunks drin sind, damit die gesellschaftlichen Organisationen, die wir für den Rundfunkrat mit bestimmt haben, Zeit genug haben, ihre Vertreter zu entsenden. Wir werden uns am nächsten Dienstag, am 1. Oktober, das erste Mal treffen. Ich hoffe, daß alle Organisationen die Zeit genutzt haben.

Das Rundfunkgesetz selber, das wir heute verabschieden wollen, ist nicht mit Zeitdruck erarbeitet worden. Der erste Entwurf war schon im Mai vorhanden. Wir haben, glaube ich, sehr gründlich darüber beraten. Wir haben eine Anhörung durchgeführt, die, so glaube ich, für uns sehr erfolgreich war, weil wir als Partner, als Brandenburger Rundfunklandschaft, ernstgenommen wurden, weil uns auch von großen Anstalten, die zwar eine Mehrländeranstalt befürworten würden, trotzdem bestätigt wurde, daß unser Finanzmodell, unsere Eigenfinanzierung hier in Brandenburg möglich und durchführbar ist. Und wir haben die Vorschläge, die wir von vielen Seiten, auch von unserem Gründungsbeauftragten, haben, in dieses Gesetz eingefügt. Deshalb glaube ich, daß wir hier ein gutes Gesetz haben, das von der gesetzlichen Seite her die Gründung unserer Rundfunkanstalt sichert.

Natürlich ist dieses Gesetz nur ein Papier, und es wird im wesentlichen darauf ankommen, daß die Ziele für eine "schlanke" Anstalt erreicht werden, die in einer ganz engen Kooperation

zu anderen Anstalten steht, und hier sage ich das, was ich schon seit November bzw. Januar sage, was aber immer nicht ernst genommen wurde: Unser Kooperationspartner ist der SFB. Wir sind eine Region Berlin-Brandenburg. Ich freue mich sehr darüber, daß nach dem Kampf um die NORA die Berliner jetzt von sich aus zu einer Zusammenarbeit auf der Basis von zwei gleichberechtigten Rundfunkanstalten bereit sind, daß erste Kooperationsangebote da sind. Und ich bin hier sehr zuversichtlich in diese Zusammenarbeit.

Unser zweites Standbein wird sein - und das hat erhebliche Auswirkungen auf den Medienstandort Babelsberg - eine hohe Auftragsvergabe an private Medienunternehmen.

Es liegen einige Änderungsanträge der CDU zu diesem Gesetz vor. Ich bin traurig darüber, daß diese nicht im Hauptausschuß gekommen sind, denn es ist immer ein bißchen kurz, wenn das in der Plenarsitzung kommt. Im ersten Teil hinsichtlich der Konkretisierung Wirtschaftsplans/Wirtschaftsgutachten usw. haben Sie recht. Allerdings würde das die Ausfertigung des Gesetzes verzögern. Wir haben erlebt, welche Auswirkungen es hat, wenn ein Gesetz auf bestimmte Begriffe hin noch ein paarmal geändert werden muß. Deshalb bin ich dafür, das heute abzunehmen. Wir werden dieses Rundfunkgesetz, wenn wir Erfahrungen gesammelt haben, novellieren und dann bin ich auch gern bereit, solche Sachen mit zu berücksichtigen. Andere Anträge, z. B. den Finanzminister in die ganze Planung einzubeziehen, lehne ich ab, weil ich eben ganz strikt dafür bin, den Rundfunkrat endlich mit der Aufgabe betrauen zu können, diesen Rundfunk ins Leben zu rufen. Das geht uns als Parlamentarier nichts mehr an. - Ich bedanke mich.

(Schwacher Beifall)

Präsident Dr. Knoblich:

Für die Fraktion PDS-Linke Liste hat der Abgeordnete Prof Bisky das Wort.

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in der Diskussion zurückgehalten und an dem Gesetz mitgearbeitet. Der Gesetzestext ist stimmig. Wir können ihn mittragen. Deshalb gehe ich nicht ausführlich darauf ein. Es ist für mich klar, daß hiermit eine Möglichkeit geschaffen wird, daß Rundfunk und Fernsehen im Land Brandenburg sich gut entwickeln können. Aber mehr als eine textliche Möglichkeit haben wir noch nicht, und ich muß heute auch einige Bedenken anbringen und etwas Wermut in die harmonische Atmosphäre einbringen.

Die erste Frage, die mich sehr nachdenklich stimmt: Wir haben einen Rundfunkbeauftragten gewählt, und er wird mir zu häufig in seiner Handlungsfähigkeit behindert.

(Beifall bei der PDS-LL)

Ich bin dafür, daß der Rundfunkbeauftragte zügig handelt, denn wir haben sehr viel Zeit verloren. Natürlich wird jetzt der Rundfunkrat gebildet, aber wer weiß, ob er dann gleich

beschlußfähig ist. Und wenn wir mehr Zeit verlieren, ist es einfach schrecklich spät.

Erwas zu den Zeitverlusten: Der Flirt mit der Dame NORA ist auch aus meiner Sicht gut zu Ende gegangen. Jetzt dürfen wir mit der Dame SFB aber nicht erneut so lange flirten. Ich möchte bitte wissen: Wollen wir hier den eigenständigen Rundfunk, eigenständiges Fernsehen? Hat dieses Land oder hat der Landtag oder hat die Regierung den Mut, die Medienhoheit für Brandenburg wahrzunehmen, oder warten wir unendlich lange weiter? Wenn wir den Mut haben, dann will ich auch sagen, daß ich empört bin über die Art und Weise, wie mit Antenne Brandenburg umgegangen wird und wie mit dem Landessender umgegangen wird.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Beide Sender haben gewiß nicht meiner Partei geschmeichelt oder uns besonders liebevoll behandelt, dennoch möchte ich mich für die kritische Begleitung in den ersten schweren Monaten, auch für die Berichte zur Konstituierung des Landtages und für viele andere Fragen, herzlich bedanken. Die Mitarbeiter haben es einfach nicht verdient, daß sie alle gekündigt werden,

(Beifall bei der PDS-LL)

denn jetzt frage ich: Wohin geht der Flirt mit der Dame SFB? Ich will sagen, ich bin seit zwei Tagen sehr nachdenklich geworden. Wir hatten eine Kommissionsgründung zu Fachhochschulen. In diese Kommission für Landesfachhochschulen sind 20 Mitglieder berufen, 20 westliche Mitglieder. Dagegen habe ich nichts, aber nicht einmal ein Alibi-Ossi ist dabei. Dabei könnte ich Ihnen - ich habe das auch Herrn Minister Enderlein gesagt, mit dem wir ja in vielen Fragen völlig übereinstimmen, in dieser Frage nicht - sagen, es gibt in den fünf neuen Ländern gewiß Experten, und ich könnte Ihnen auch aus der F.D.P. sachkundige Professoren nennen, dies haben wir nicht nötig. Mein Mißtrauen ist damit geweckt. Wenn die nun alle gekündigt sind, wer garantiert ihnen überhaupt einen Arbeitsplatz? Wer wundert sich, wenn die besten Leute den Medienbereich Brandenburg verlassen? Ich werde mich nicht mehr wundern. Es dauert zu lange. Deshalb Handlungsbedarf. Und ich kenne einige, und die sind gewiß nicht alle von der PDS oder die meisten nicht, und sie suchen sich Arbeit woanders, und viele gehen mit einem weinenden Auge, auch zum Mitteldeutschen Rundfunk, obwohl sie wissen, daß das eine Filiale des Bayerischen Rundfunks ist.

Ich glaube, wir sollten den Rundfunkrat auch als Parlament darin bestärken, möglichst schnell zu handeln, damit wir die besten, fähigen Leute bekommen, denn in der Medienlandschaft der Gegenwart und der Zukunft bleibt Radio Brandenburg ein Medienzweig, und immer mehr Riesen versuchen, den Markt hier zu erobern. Wenn dieser Zwerg eine Chance haben soll - und wir stimmen auch voll überein, er soll schlank sein dieser Zwerg -, dann muß er auf jeden Fall die besten Leute haben, und er muß ermutigt werden, auch originell vorzugehen, und wir brauchen die Leute aus den verschiedensten Berufsgruppen. Wir brauchen die Techniker usw. Ich will das jetzt nicht weiter ausdehnen. Deshalb geht meine

Bitte auch dahin, endlich die Fachleute ans Werk zu lassen. Dies ist sehr wichtig. Die Rolle der Politik sollte hier nicht übertrieben werden, aber wir müssen ermutigen, damit die besten Leute hierherkommen bzw. bleiben.

Und eine dritte Bemerkung, die ich habe: Hinsichtlich der DEFA hört man auch immer wieder schöne Reden. Wenn Radio Brandenburg nicht bald auf DEFA-Gelände gebaut wird, und wenn bei der DEFA nicht die Entscheidung fällt - ist es zu spät. Kurz und gut: Ich hoffe, die Landesregierung wird auch verstehen, daß die Medienpolitik nicht das fünfte Rad am Wagen sein darf. Dann werden wir tatsächlich eine Medienkolonie anderer Länder. Das kann man politisch wollen, ich will es nicht. Und aus den Erklärungen der anderen Parteien kann ich das auch nicht ablesen. Deshalb unterstützen wir die Leute, und rasches Handeln ist erforderlich. Es ist bald zu spät. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Ergänzungsfrage zu?

Just (SPD):

Herr Bisky, ich bin völlig mit Ihnen einverstanden. Das ist weitgehend klar. Aber sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß man hier im Landtag und in der Öffentlichkeit eines klarstellen muß: Der jetzige Landessender Brandenburg ist eine Institution der sogenannten Einrichtung des DFF. Der DFF wird - wie es neudeutsch heißt - abgewickelt, das heißt, diese Mitarbeiter müssen erst einmal vom DFF entlassen werden, bevor sie nach Überprüfung vom Landessender Brandenburg, dem neu zu gründenden, den wir ja heute gründen, eingestellt werden.

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Herr Just, ich stimme Ihnen zu, und ich glaube, wir sind auch beide einer Meinung, wenn nicht, dann korrigieren Sie mich bitte: Wir werden hier alle gemühselt.

Das ist schon ein Resultat der Einrichtung, das ist richtig, und das ist auch unstrittig für mich. Aber was unser Problem ist. Jetzt, wo es soweit ist, sind wir als Politiker noch nicht so weit, um zu handeln. Das ist unsere Schuld. Hätten wir jetzt den Rundfunkrat schon da, hätten wir schon das Mediengesetz verkündet, hätten wir die Handlungsfähigkeit, dann könnten wir, könnte der Intendant, der Rundfunkrat sagen: Es kann morgen losgehen.

Jetzt sind die Leute in einer ganz schwierigen Situation und empfinden das völlig richtig: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Und sie werden natürlich in der Arbeitsmarktsituation, die entstanden ist durch die Abwicklung fast aller Medien, die an den Osten auch nur erinnern könnten - mit Ausnahme von "Alles singt" als dem Gipfel neuer deutscher Kultur -, versuchen, sich anderswo umzutun. Ich kann es ihnen nicht verübeln. Ich versuche, Leute zu überreden: Bleibt

hier, es lohnt hier. Aber das ist unsere Verantwortung, Herr Just. So, denke ich, könnten wir uns auch einigen.

(Just [SPD]: Aber sicher.)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, noch eine Frage des Abgeordneten BIRTHLER?

BIRTHLER (SPD):

Herr Bisky, ich stimme mit Ihnen überein in den Problemen, die Sie geschildert haben. Auch darin, daß es jetzt höchste Zeit ist, damit uns die guten Leute nicht weglaufen. Ich bin aber der Meinung, und ich würde Sie fragen, ob Sie diese Meinung teilen, daß es eine besondere Vertrauenssituation ist, jemanden zu beauftragen, Leute zu engagieren, als pauschalen Auftraggeber. Hier muß ein Vertrauen da sein, und ich frage Sie weiter: Haben Sie den Eindruck, daß der Umgang des Gründungsbeauftragten mit dem Hauptausschuß in den vergangenen drei Monaten dieses Vertrauen rechtfertigt?

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Herr BIRTHLER, Sie stellen mich vor eine schwierige Frage; denn ich habe bereits im Juni gesagt, daß ich dem Gründungsbeauftragten vertraue und daß ich ihm viel Erfolg wünsche. Ich habe keinen Grund, dieses zurückzunehmen. Ich weiß, daß Sie gewisse Schwierigkeiten haben, häufig miteinander und untereinander. Nur, ich muß auch sagen, das medienpolitische Flackern der Ampel enthebt mich nicht der Verpflichtung, ein eigenes Urteil zu finden. Und nach dem, was ich bis jetzt erfahren habe, ist Herr von Sell mit einem vernünftigen Konzept da. Ich würde sagen: Man muß ihn auch handeln lassen, sonst bräuchten wir ihn nicht.

(Beifall bei der PDS-LL)

BIRTHLER (SPD):

Eine kurze Nachfrage: Mich wundert, daß Sie als Mitglied des Hauptausschusses schon über ein Konzept befinden können. Haben Sie als Mitglied des Hauptausschusses von Herrn von Sell schon einmal ein Konzept bekommen? Ich als Vorsitzender vom Hauptausschuß noch nicht.

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Herr BIRTHLER, ich will das ganz vorsichtig formulieren. Medien zu entwickeln ist etwas komplizierter als - sagen wir - Milchproduktion. Dort kann man sehr schnell ... also Medien sind eine sehr schwierige Sache, wo die Kombination von modernster Technik und den verschiedensten Berufen der Politik, der Wirtschaft, der Kultur usw. gegeben ist. Und weil das so ist, braucht man hier Persönlichkeiten, die dieses schaffen, die die entsprechende Kreativität bringen. Und das ist das Besondere der Medien. Deshalb sind die Konzepte, die auf dem Papier stehen, meistens nicht sehr viel wert. Ich habe schon das Vertrauen, daß Herr von Sell, unterstützt durch andere natürlich, auch durch viele, die hier arbeiten und Fachleute sind, daß sie

in der Lage sind, diese Kreativität aufzubringen. Und wir sollten sie dabei ermutigen. Das Papier hilft uns nicht weiter.

(Beifall bei der PDS-LL)

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank, Herr Abgeordneter.

(BIRTHLER [SPD]: Es war keine Antwort auf meine Frage, es war ein Kommentar.)

Herr Siebert hat das Wort für die Fraktion der F.D.P.

Siebert (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage, Ein- oder Mehrländeranstalt ist entschieden oder die eigene Landesrundfunkanstalt ist beschlossene Sache, und - das wurde hier schon mehrfach betont - Eile ist geboten. Der Aufbau der Landesrundfunkanstalt auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes erfordert nunmehr von den Machern vor Ort Entscheidungsfreude und zielgerichtetes Handeln, um Hörern und Zuschauern mit Beginn des kommenden Jahres ein niveaivolles Radio- und Fernsehprogramm zu bieten. Darauf hat der Gebührenzahler Anspruch, und dies gilt es einzulösen. Nicht zuletzt müssen auch Medienarbeiter, d. h. die Journalisten, die Techniker usw., wissen, wie es um ihre berufliche Perspektive im Prozeß der Neuordnung unseres Rundfunks im Land Brandenburg bestellt ist.

In puncto Programm wird glücklicherweise nicht bei der Stunde Null angefangen. Antenne Brandenburg hat sich bereits einen Namen gemacht und Akzeptanz errungen, während die Politiker noch theoretisierten und die vielbeschworene Staatsferne oftmals ins Wanken geriet. Dennoch, es bleibt die Frage: Wird der Landessender ein eigenes Profil entwickeln können wie vorgedacht? Wird nicht ein Großteil der Einnahmen, die ohnehin schmal sind, für den Neuaufbau und Organisationsstruktur verwendet werden? Zwar ist eine finanziell wohlkalkulierte „schlanke“ Anstalt, wie bereits betont wurde, vorgesehen, aber die Tatsache, daß erhebliche Gelder aus dem ARD-Finanzausgleich in Anspruch genommen werden sollen, bestärkt uns als F.D.P. in der Auffassung, die wir stets sehr deutlich kundgetan haben, daß nämlich die eigenen Einnahmen nicht ausreichen, um das zu finanzieren, was notwendig ist.

Wir sind davon ausgegangen, daß dafür mindestens 200 Millionen Mark notwendig sind, die ganz offensichtlich nicht durch eigene Einnahmen zu decken sind. Die Ausgleichsforderung innerhalb der ARD, die der Gründungsbeauftragte fertig gemacht hat, weist eben den gleichen Differenzbetrag aus, den wir stets und ständig angemahnt haben. Und wenn ich hier noch einmal auf die Anhörung zu dem Gesetz zurückkommen darf, dann haben die Experten die Anstalt als lebensfähig bezeichnet unter der Maßgabe, daß tatsächlich 200 Millionen Mark als eigene Einnahmen auch zustande kommen.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Programmeffizienz ist es nicht zu vertreten, daß Berlin und Brandenburg auf die Dauer rundfunkpolitisch getrennte Wege

gehen. Ebenso wenig wie der Himmel teilbar ist, ebensowenig richten sich Standorte von Sendemasten nach Ländergrenzen. Je mehr Rundfunkeinrichtungen es in den neuen Bundesländern gibt, desto stärker werden auch Frequenzressourcen nötig.

Im Hinblick auf die Entwicklung zu einem gemeinsamen Bundesland Berlin-Brandenburg ist eine gemeinsame Medienpolitik zwingend erforderlich, auch wenn es zum 1. Januar 1992 vorerst zwei Rundfunkanstalten geben wird. Wir sind deshalb der Meinung, daß man in Vorbereitung auf die perspektivische Entwicklung hier von vornherein die Struktur der Anstalt so bestimmen sollte, daß es auch einmal zu paßfähigen Strukturen kommen kann.

Während einer Übergangszeit von fünf bis sechs Jahren sollten beide Landesrundfunkanstalten auf möglichst vielen Ebenen kooperieren. Dazu ist kein Staatsvertrag erforderlich, das kann auf der Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen zwischen den Anstalten passieren. Aber man sollte sich möglichst zeitig auf eine Aufgabenteilung hin entwickeln, die so aussehen kann, daß man beispielsweise den Hörfunkbereich schwerpunktmäßig in Berlin beläßt und gerade zur Sicherung des Standortes Babelsberg und den Aufbau einer entsprechenden Fernsehanstalt hier eine Teilung in der Gestalt vornimmt, daß man die Kapazitäten nach bestehenden und nach zukünftigen Plänen entwickelt. Im Bereich des Hörfunks könnte es so aussehen, daß man ein eigenes Landesrundfunkprogramm betreibt und weiterhin in Kooperation zwei bzw. drei andere gemeinsam gestaltet. Der gesamte Dienstleistungsbereich, und zwar beider Anstalten, sollte ausgegliedert werden aus den Anstalten und als selbständiges Unternehmen geführt werden, dessen Leistung in Anspruch genommen werden kann, von den Landesrundfunkanstalten, aber selbstverständlich auch von Dritten, so daß das nicht schon insgesamt die Personalstruktur der Sender unmittelbar beeinträchtigt. Spätestens mit der Vereinigung der beiden Bundesländer könnte dann auch eine Vereinigung, eine Fusion der beiden Landesrundfunkanstalten erfolgen.

Doch zurück zur Gegenwart, zum vorliegenden Gesetzentwurf: Der Rundfunkrat, der ja das Parlament des Senders sein soll, der ja maßgeblich Programm-, Personal- und Finanzpolitik bestimmt, ist nach unserer Auffassung nicht ganz so ausgewogen besetzt, wie wir uns das vorgestellt haben.

Einige gesellschaftlich relevante Gruppen haben keinen entsprechenden Gegenpart. Ich will bloß einmal ein paar Beispiele benennen. Wir haben beispielsweise als Gegenpart zum Mieterschutzbund nicht den Verband der Grundstückseigentümer und Hauseigentümer drin. Wir haben auch den Beamtenbund nicht vertreten. Wir haben auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft nicht vertreten, sehr große relevante Gruppen. Hier ist im Endeffekt ein Kompromiß geschlossen worden im Hinblick darauf, daß das ja auch letztendlich Kosten verursacht.

Ich sehe, meine Redezeit ist beendet, aber mir liegt sehr viel daran, noch eine Bemerkung zu machen. Ich hoffe, der Präsident gestattet mir dies.

Wir haben mit einer gewissen Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß aus der sogenannten Einrichtung in Berlin heraus sich eine sogenannte "Service-GmbH" gründen soll. Hier möchte ich noch einmal nachdrücklich unsere Bedenken anmelden. Zum einen ist im Einigungsvertrag festgelegt, daß eben diese Einrichtung abgewickelt wird, und zum anderen muß ich darauf aufmerksam machen, daß diese zwangsläufig zu einem Konkurrenzunternehmen für unsere im Aufbau befindliche Landesrundfunkanstalt werden würde. Und darüber hinaus, wenn eine solche "Service-GmbH" entstünde, würde sie notwendigerweise auch Personal und Mittel, die ja eigentlich auf die neuen Länder aufgeteilt werden sollten, insbesondere was Technik anbelangt, beanspruchen. Ich denke, hier sollte man auch rechtzeitig von der Landesregierung her Einfluß nehmen, daß das nicht passiert. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Siebert, eine Nachfrage.

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Herr Siebert, Sie bedauern, daß die Redezeit vorbei ist. Ich stelle Ihnen deshalb zwei Fragen.

(Siebert [F.D.P.]: Ich bin Ihnen sehr verbunden.)

Die erste Frage bezieht sich auf Ihre Bemerkung, daß Rundfunk dann vielleicht doch mehr nach Berlin gehen könnte, weil hier usw. Ich will das nicht wiederholen. Nun ist es so, stimmen Sie mir in folgendem zu, daß "Antenne Brandenburg" in kurzer Zeit 35 % von Hörern doch schon Ende 1990 hatte und inzwischen in Berlin auch erfolgreich einige Programme von SFB verdrängt? Das scheint mir ein großer Erfolg zu sein. Sollten wir hier nicht nach dem Erfolg gehen?

(Einzelbeifall bei der CDU)

Zweitens: Stimmen Sie mir im folgenden zu? Es wird immer gesagt, wenn Ossis erfolgreich sind, sollte man sie arbeiten lassen. Dies ist ein Sender, der von sich heraus sehr viel Erfolg gehabt hat. Und stimmen Sie auch dem Grundsatz zu: "Never change a winning team!", der ja sonst überall gilt?

Die dritte Frage, die ich habe, warum nicht "Service-GmbH"? Meinen Sie nicht auch, daß, wenn die "Service-GmbH" keine Mittel von der Einrichtung bekommt, Konkurrenz im Medienbereich nur zu befördern wäre?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Professor, wenn ich richtig mitgezählt habe, waren es mehr als drei Fragen, aber darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Herr Siebert, bitte.

Siebert (F.D.P.):

Ich glaube zum ersten, ich habe sehr deutlich gemacht, daß ich das bisherige Wirken der "Antenne Brandenburg" sehr schätze, und die "Antenne Brandenburg" muß mit ihrem Kern-

bestand ganz ohne Zweifel Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Funkhauses in Potsdam sein.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und PDS-LL)

Das möchte ich völlig außer Zweifel stellen, und hier sollte uns auch sehr daran gelegen sein, das Personal, das sich wirklich um die Entwicklung dieses Programms verdient gemacht hat, auch für die zukünftige Landesrundfunkanstalt zu sichern, ganz ohne Frage. Wenn ich gesagt habe, daß man den Hörfunkbereich schwerpunktmäßig auf Berlin konzentrieren könnte, was ja nicht zwangsläufig sein muß, aber könnte - das ist unsere Vorstellung, unser Vorschlag -, dann heißt das nicht, daß es hier in Potsdam kein Landesfunkhaus geben sollte. Ich habe auch deutlich gemacht, beide Länder müssen zumindest ein eigenes Landeshörfunkprogramm haben. Ich denke, da haben wir schon den Nukleus, den man entsprechend weiterentwickeln muß.

Zum zweiten zu dieser Frage "Service-GmbH". Ich sehe hier ganz einfach die Tendenz, daß sie, ohne daß irgendein Parlament, ein Rundfunkrat oder wer auch immer dazu demokratisch legitimiert ist, beteiligt wird bei der Herauslösung von Teilen aus der sogenannten Einrichtung mit dem Ziel der Sicherung der eigenen Existenz, möglicherweise unter Inanspruchnahme von Mitteln, von Technik, die da zur Verfügung stehen. Es ist ja in den Medien bereits ein Finanzbedarf für das Bestehen und den Aufbau einer solchen GmbH gehandelt worden. Ich hoffe, das ist nur ein Gerücht. Dann, denke ich, sollte man dieser Entwicklung schon mit einer größeren Vorsicht begegnen. Das wird notwendigerweise ein Konkurrenzunternehmen sein insofern, wenn man dort gute Leute konzentriert, die uns dann nicht zur Verfügung stehen; zum zweiten, weil es möglicherweise um Technik geht, die wir hier sehr gut im Land Brandenburg für den Aufbau unserer Rundfunkanstalt gebrauchen könnten; und zum dritten - dazu bin ich leider in meinem Diskussionsbeitrag aus Zeitgründen nicht gekommen -, wir sind ausdrückliche Befürworter des dualen Systems und auch ausdrückliche Befürworter dafür, daß eine möglichst große Pluralität, insbesondere im Produktionsbereich, bei Außenstehenden und selbständigen Unternehmen entsteht. Ich denke, das war Gelegenheit, ich bedanke mich noch einmal dafür, das hier klarzustellen.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bitte einfach um Verständnis dafür, daß wir unserer Geschäftsordnung entsprechen, und wenn wir uns einigen auf eine begrenzte Redezeit, dann sollte man nicht durch die Fragen eine zweite noch in Anspruch nehmen. Wir hatten auch in der Geschäftsordnung festgelegt, daß Wortmeldungen schon während des Beitrages des Redners angemeldet sein sollten. Aber ich bitte um eine kurze Frage und eine kurze Antwort.

Birchler (SPD):

Nur ganz kurz, Herr Siebert, stimmen Sie mit mir überein, daß also in Adlershof nicht im wesentlichen der öffentlich-rechtliche Rundfunk angesiedelt wird, und stimmen Sie mit mir überein, daß Brandenburg nur ein Medienzentrum vertragen kann, und das kann nur Babelsberg sein?

Siebert (F.D.P.):

Genau das war meine Vorstellung. Deswegen habe ich darauf verwiesen, daß man den Standort Babelsberg schwerpunktmäßig entwickeln sollte, und zwar mit Kapazitäten, die auch geeignet sind, einen großen Bedarf für Berlin mit zu produzieren, mit herzustellen. Hier wäre eine sinnvolle Aufgabenteilung denkbar, daß man einen begrenzten Bereich Aktuelle Berichterstattung/Politik in Hinblick auf die künftige Bundeshauptstadt aus Berlin machen würde und den ganzen Bereich Unterhaltung, Magazin usw., usw. bis hin zu Fernsehspielen auf den Standort Babelsberg konzentriert.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Walther das Wort

Walther (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Birchler hat seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß NORA nicht geworden ist. Sie wissen ja sicherlich noch, daß NORA unser Wunschkind war. Wir können uns also darüber nicht freuen. Aber unabhängig davon sage ich Ihnen ehrlich, daß wir uns an den Gedanken eines Rundfunks Brandenburg gewöhnt haben und daß wir also den Rundfunk Brandenburg zwischenzeitlich schon richtig liebgewonnen haben, obwohl es ihn noch nicht gibt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich sage das als Vorrede zu dem, was ich zu dem Gesetz - ich will mich streng auf den Gesetzentwurf in meinem Beitrag beschränken -, was ich zu dem Gesetzentwurf zu sagen habe.

Wir können nämlich als CDU-Fraktion mit dem Gesetzentwurf, wie er uns jetzt vorliegt, nicht glücklich werden, um es noch krasser zu sagen, wir können damit nicht mitgeben. Wir haben in der Diskussion, die wir in den Ausschüssen geführt haben, Anträge gestellt, um den Gesetzentwurf nicht etwa in einer unvermeidbaren Weise zu verändern, aber um diesen Gesetzentwurf grundgesetzkonform zu machen, und wir haben Bedenken, ob der vorliegende Gesetzentwurf das ist. Es sind in einem Punkt Kleinigkeiten, in dem anderen Punkt durchaus Gewichtigkeiten, die uns Sorge machen.

Ich darf hier an unsere Anmerkung zu § 3 des Gesetzentwurfes erinnern. Wir haben hier vorgeschlagen, und das wird Ihnen jetzt lapidar vorkommen, das ist aber nicht unbedeutend, das Wort "vorwiegend" in diesem Gesetzentwurf zu streichen, und wir haben darauf hingewiesen, daß in dem 6. Rundfunkurteil das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die verfassungsrechtlichen Anforderungen an solche Druckwerke, wie hier gemeint, streng sind. Sie müssen programmbezogen sein und können daneben allenfalls noch anstaltsbezogen sein. Insofern ist eine solche Anforderung an einen Gesetzestext, und wir haben ja kein, sagen

wir mal, Erzählbuch hier vor uns, streng. Deshalb haben wir uns gestattet, heute noch einmal einen Änderungsantrag dazu einzubringen, um dieses Wort - da ist also aus dem Wort "vorwiegend" das Wort "überwiegend" geworden, ich kann darin keinen so großen Unterschied entdecken - zu streichen.

Bedeutsamer ist - und hier komme ich auf die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nämlich staatsfern zu sein, und staatsfern bedeutet nicht parteinah, sondern staatsfern impliziert für mich auch parteifern - hier eine Ausgewogenheit zu schaffen.

Herr Kollege Siebert hat auf einige Punkte hingewiesen. Wir können als Opposition damit nicht so einfach umgehen, Herr Siebert, wie Sie. Wir sagen, es ist keine Ausgewogenheit im Rundfunkrat da, wenn also die Mieter, der Mieterbund darin vertreten sind, aber der Haus- und Grundeigentümerverband nicht.

Und insofern sind wir der Meinung, daß hier "diese Vertreter" zu streichen sind. Im übrigen verweise ich auf den Bestimmtheitsgrundsatz eines Gesetzes. Gesetze müssen bestimmt sein, sie können sich nicht in vagen Formulierungen verlieren, wie das im § 16 in den Ziffern 17 bis 20 gegeben ist. Hier wird nämlich von Vertretern "von Wissenschaft, von Musik, von Kunst und Theatern" gesprochen, und niemand mag bestimmen, wer diese Vertreter sind, wo sie herkommen, in welchem förmlichen oder informellen Verfahren sie dem Rundfunkrat benannt werden. Das ist nach meinem Dafürhalten ausdrücklich falsch. Und im übrigen haben wir Bedenken, ob es sich um gesellschaftlich relevante Gruppen handelt, wie sie der Gesetzgeber fordert. Wir haben also in dem Änderungsantrag darum gebeten, meine Damen und Herren, diese Gruppen zu streichen, und wir sind der Meinung, daß ein Vertreter der Handwerkskammer in den Rundfunk gehört - er war auch drin, ich weiß nicht, warum man ihn herausgenommen hat - und auch ein Vertreter der Deutschen Angestelltengewerkschaft, wenn wir andererseits hier wohl mit der IG-Metall zu leben haben.

Noch eine letzte Bemerkung, ich komme hier schon unter Zeitdruck. Herr Birtler, meine Herren Vorredner, Sie haben alle darauf hingewiesen, daß diese Anstalt schlank und rank sein muß. Sie muß kostengünstig produzieren. Wir haben mit unserem Änderungsantrag Drucksache 1/422 einen Vorschlag unterbreitet, wie man die Sache gesetzestechnisch angehen könnte, um hier die Anstalt des öffentlichen Rechtes zu zwingen, kaufmännisch zu arbeiten. Und dieses Ziel sollten wir unbedingt weiter verfolgen; denn wir werden das Gebührenaufkommen brauchen, um gute Programme zu machen und nicht, um dort vielleicht einen Angestelltenapparat aufzubauen, der unverhältnismäßig ist und diesem Ziel eher entgegensteht. Wir haben diese negativen Beispiele - das wissen Sie, die sich mit den Rundfunkanstalten bereits beschäftigt haben, alle - sowohl in der Nähe als auch in der Ferne in unserem Land. Darauf sollten wir, soweit es möglich ist, unser Augenmerk richten.

Und, meine Damen und Herren, wir haben - glaube ich - nur noch hier und jetzt die Möglichkeit aufzupassen. Wenn sich

diese Anstalt erstmal etabliert hat, meine Damen und Herren, dann wird es zu spät sein. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Für die Fraktion des BÜNDNIS 90 hat der Abgeordnete Nook das Wort. Bitte sehr.

Nooke (Bü 90):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Das Thema Rundfunk und Rundfunkgesetz beschäftigt diesen Landtag und alle Fraktionen schon seit mehreren Monaten. Es ist schon mächtig spät, und ich tue wahrscheinlich gut daran, mich kurz zu fassen. Man kann ja auch sagen: Die vierte Gewalt, wie wir ganz gern zu den Medien sagen, hat so viel nicht zu suchen in einem Parlament, wenn man von Staatsferne redet, wofür wir wohl zuständig sind, wenn wir Gesetze machen. Also, dann halten wir uns kurz und versuchen, die Knackpunkte, die in der Debatte kamen, die ich aber nicht wiederholen will, noch einmal zu benennen.

Die Wirtschaftlichkeit, die Herr Walther ansprach, liegt mir auch am Herzen. Inwieweit wir sie von hier aus vorschreiben können, also inwiefern wir staatlich auf dieses Einfluß nehmen können, weiß ich nicht so genau. Ich könnte mir vorstellen, daß die Bürger eher boykottieren sollten, wenn die Gebühren erhöht werden, damit die Anstalten selber einmal in die Pflicht genommen werden, die Stellen abzubauen. Könnten wir das vielleicht sogar ohne Staat regeln? Das wäre eine sinnvolle Überlegung aus meiner Sicht. Sonst wäre ich sehr wohl für Ihren Vorschlag, und er sollte spätestens bei der Überarbeitung hineinkommen. Denn die Versuchung, ineffektive Strukturen zu schaffen, wo man dann einfach durch Kostenumlage auf den Gebührenzahler das ganze finanziert, ist eine einfache Sache. Und hier und da ist ja auch der Rundfunk manchmal eine Depostation für die Politiker, die man nicht mehr brauchen kann. Man sollte sich da natürlich davor hüten, immer noch ein paar Stellen freizuhalten, die dann hoch dotiert sind.

Aber weil Sie jetzt lachen: Die Anträge, die Sie jetzt von Seiten der CDU-Fraktion vorlegen - und das ärgert mich schon - sind natürlich nicht so ganz koscher, wenn man einmal davon ausgeht, daß gutes Arbeiten auch damit zu tun hat, daß man sie zeitig genug fertig hat. Und wenn wir hier Spitzendiäten wie im Management haben wollen, dann heißt das natürlich, daß man zur rechten Zeit fertig werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Was die Frage der Kündigung der Mitarbeiter angeht, Herr Bisky - das ist ja schon gesagt worden, werden wir wohl kaum daran vorbeikommen. Und wenn Sie sagen, die besten Leute gingen alle zum Mitteldeutschen Rundfunk und der sei ein Ableger des Bayrischen Rundfunks, was ja vielleicht auch

stimmen mag - ich könnte mir schon vorstellen, daß die auch ein paar PDS-Leute brauchen - ,

(Gelächter bei der CDU)

muß ich sagen: Mir liegt jedenfalls nicht daran, hier einen Rundfunk aufzubauen, der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer linken Gesinnung einsammelt, nur weil wir hier in Ostdeutschland das einzige Land sind, wo es keine CDU-Regierung gibt. Ich meine das schon ernst mit der Staats- und Parteiferne.

(Beifall bei der CDU, Mißfalläußerung bei der PDS-LL)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Nooke (Bü 90):

Das heißt nicht, daß man nicht den Kernbestand der Mitarbeiterinnen und gerade von "Antenne Brandenburg" übernehmen soll, aber auch hier darf es nicht dazu kommen, daß manchmal vielleicht auch nicht so gut eingefahrene Strukturen ohne Prüfung übernommen werden.

Präsident Dr. Knoblich:

Lassen Sie eine Frage zu, ja?

Prof. Dr. Bisky (PDS-LL):

Ich weiß gar nicht, warum Sie in meine Richtung gucken.

(Poller [BÜNDNIS 90]: Weil Sie eine Frage stellen.)

Habe ich jemals vorgeschlagen, Linke einzustellen? Wenn ich das wollte, würde ich das vorschlagen, ja. So feige sind wir nicht, Herr Nooke. Sie brauchen die Parteipolitik. Entschuldigung, würden Sie mir zustimmen, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen von den anderen kommen und daß wir unsere Parteipolitik bisher konsequent zurückgehalten haben in der Medienpolitik?

Nooke (Bü 90):

Genau daran, Herr Bisky, ist mir gelegen. Aber ich hatte nur die Vermutung - und ich sag' mir jetzt, so ganz unbegründet ist sie natürlich nicht -, daß wir mit unserer Geschichte im öffentlichen Rundfunk, beim Radio und im Fernsehen, vor allem Leute und Genossen hatten, die auch geschult waren in einer Art von Ideologie, die mir nicht gelegen ist, die aber diese Mitarbeiter nicht in jedem Fall ohne weiteres abzulegen in der Lage sind, selbst wenn sie sich ehrlich darum bemühen. Und wir müssen auch einen Rundfunk bauen, in dem die Vielfalt der Biographien der Leute, die dort Rundfunk machen, widerspiegelt wird. Und das möchte ich dann, wenn schon, verteilt haben, und in jedem Falle einen guten Mix auch in unserer Anstalt.

Insofern als Abschluß: Unsere Fraktion begrüßt, daß dieses Gesetz jetzt endlich fertig ist und möchte diesem in 2. Lesung zustimmen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herzlichen Dank. Die Landesregierung beschließt die Aussprache. Herr Ministerpräsident!

Ministerpräsident Dr. Stolpe:

Und versucht, sich kurz zu fassen. - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, an erster Stelle muß hier ein Wort des Dankes an alle die sein, die hier engagiert mitgearbeitet haben. Und da ist das ganze Haus mit einzuschließen. Da muß aber auch ganz vorn der Mann genannt werden, der als Beauftragter die Gründung hier vorangetrieben hat. Herr von Sell hat keine leichte Aufgabe übernommen, er wußte, daß er hier kaum Blumentöpfe gewinnen würde und vielleicht manchmal mehr Undank als Zustimmung haben würde. Ich denke, er hat seine Aufgabe großartig gemacht, und er ist auch jemand, der Kritik ausbält. Wir sollten ihn vor allem nicht behindern in den knappen Wochen, die wir jetzt vor uns haben.

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist eine gute Startposition. Es gibt uns die Basis, jetzt weiterzuarbeiten, und es legt uns nicht fest auf Abgrenzung, es legt uns auch nicht fest auf Provinzialismus, sondern wir haben die Möglichkeit, nun endlich zu handeln. Das ist der entscheidende Punkt dabei. Wir können Mitarbeiter anwerben lassen, die sicher auch bodenständige Talente hier mit gewinnen lassen müssen. Wir werden uns schnell in das Frequenzverteilungssystem einzuschalten haben, denn da ist die Sache ernster, als uns gelegentlich von manchen Leuten gesagt wird. Und wir werden vor allem auch Kooperationsmöglichkeiten auf der Grundlage des Gesetzes wahrnehmen können.

Ich möchte Sie nur kurz und knapp herzlich bitten, dazu beizutragen, daß wir heute zu der Beschlußfassung kommen. - Schönen Dank.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit ist die Rednerliste der Aussprache erschöpft, und wir kommen zur Abstimmung, zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge. Mit der Drucksache 1/422 liegen Ihnen mehrere Änderungsanträge vor, über die ich gemäß den dort aufgeführten arabischen Ziffern abstimmen lasse. Wer mit der in Drucksache 1/422, Punkt 1, beantragten Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das zustimmende Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der unter Punkt 1 beantragten Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Das war deutlich.

Unter Ziffer 2 wird eine weitere Änderung beantragt. Wer dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag unter Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt.



Unter Ziffer 3, bezogen auf den § 33, ein dritter Änderungsantrag. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem unter Ziffer 3 gestellten Änderungsantrag mehrheitlich nicht zugestimmt, also er ist abgelehnt.

Es gibt unter Drucksache 1/424 weitere Änderungsanträge der Fraktion der CDU. Das betrifft erstens mit Bezug auf § 3 Abs. 6 eine Wortänderung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Unter zweitens wird mit Bezug auf § 16 Abs. 2 in mehreren Anstrichen ein Änderungsantrag gestellt. Wer diesen Änderungsanträgen zu § 16 Abs. 2 zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist mit wenigen Stimmenthaltungen dieser unter (2) der Drucksache 1/424 genannte Änderungsantrag abgelehnt.

Unter drittens wurde zu § 16 Abs. 3 eine Änderung des Textes beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch der auf Drucksache 1/424 unter (3) gemachte Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesamtgesetzentwurf. Wer diesem Gesamtgesetzentwurf einschließlich der angenommenen Änderung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Gesetzentwurf in 2. Lesung mehrheitlich verabschiedet.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf Tagesordnungspunkt 10:

#### **Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU

Drucksache 1/388

in Verbindung damit:

#### **Gesetz über die Aufgaben, Stellung und Finanzierung von Kindertagesstätten im Land Brandenburg (Kindertagesstättengesetz - Kitag)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der PDS-LL

Drucksache 1/392

#### 1. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Abgeordneten Dr. Wagner von der Fraktion der CDU.

Dr. Wagner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertagesstätten ist von seinem Charakter her ein Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in einem bestimmten Leistungsbereich. Im Titel ist bereits eine Philosophie verankert: Wir fassen den Aufenthalt von Kindern in Einrichtungen als Förderung auf und nicht im althergebrachten Sinne als Erziehung, weil hier der böse Beigeschmack aus alter Zeit nicht zu vertreiben wäre.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß es stets Anliegen der CDU-Politik in Regierungsverantwortung und auch in der Opposition war, die Familie als Quelle menschlicher Geborgenheit, als Hort der Wärme, der Vermittlung von Werten und der Erzeugung und der Schaffung von Vertrauen zu fördern. Die Stärkung der Rolle der Familie besonders vor dem Hintergrund sinkender Geburtenzahlen erscheint uns heute von besonderer Bedeutung.

Es ist bewiesen worden, daß durch steuerliche Entlastung, Aufstockung des Kindergeldes, Einführung von Erziehungs-geld und Erziehungsurlaub und die Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung hier einiges getan werden kann.

Warum sage ich das bei der Diskussion eines derartigen Gesetzes? Ich will damit unterstreichen, daß man über Kindertagesstätten nur sprechen kann, wenn man im gleichen Atemzug über die Familie nachdenkt. Wir sind auch der Auffassung, daß es gerade in unserer Zeit heißt, Mut zum Kind zu machen, gerade jetzt in Gründerzeiten, wo vieles erst wieder zurechtgerüttelt und das richtige Maß gefunden werden muß.

Voraussetzung für Kinderfreundlichkeit ist naturgemäß der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen als wirtschaftliche Grundlage, als wirtschaftliche Basis der Familie und daneben - und das sei nicht unterbewertet - die Schaffung einer kinderfreundlichen Infrastruktur. Und hier haben die Kindereinrichtungen, die Kindertagesstätten einen erheblichen Part mitzuspielen.

Die CDU-Fraktion hat in ihrem Gesetzentwurf den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz postuliert und hält ihn für essentiell. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz, seit 03.10.1990 in den neuen Ländern in Kraft, erlaubt bzw. fördert die Schaffung von Krippen, Kindergärten und ähnlich gestellten Einrichtungen.

Wir postulieren, daß diese Kindereinrichtungen nur und ausschließlich als familienergänzende Betreuung und Erziehung oder Förderung aufzufassen sind. Es muß in jedem Falle eine freie Entscheidung der Eltern gewährleistet sein, ob, wie und in welcher Einrichtung ihr Kind oder ihre Kinder untergebracht werden.

Ich will es auf einen kurzen Nenner bringen: Der Wert einer Kindereinrichtung ist auch in heutiger Zeit noch dadurch gekennzeichnet, daß gegen die Vereinzelung des Kindes ange-